

Bessere Grundversorgung mit neuen Modellen

Um die Herausforderungen der Gesundheitsversorgung bewältigen zu können, ist eine bessere Koordination und Zusammenarbeit der Leistungserbringer entscheidend. Der Schweizerische Gemeindeverband treibt die Diskussionen voran.

Seit der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 ist die medizinische Grundversorgung in der Bundesverfassung verankert. Die neue Verfassungsnorm stellt die vernetzte, koordinierte und multiprofessionell erbrachte medizinische Grundversorgung ins Zentrum. Aus Sicht des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) ist es wichtig, dass der Bund die medizinische Grundversorgung als Ganzes stärkt und die Koordination unter allen Leistungserbringern fördert. Im Hinblick auf eine bedarfsgerechte und finanzierbare medizinische Grundversorgung der Zukunft muss es gelingen, vom «Silo-Denken» wegzukommen. Ziel müsste sein, jene Leistungserbringer stärker zu berücksichtigen, die eine Leistung in der erforderlichen Qualität am effizientesten erbringen können respektive bei denen die Strukturen für eine Koordinationsstelle bereits vorhanden sind.

Angebote koordinieren

Die Gemeinden sind in der Lage, bei der Sicherstellung der Grundversorgung eine wichtige Rolle zu spielen. Allerdings durch Unterstützung und Schaffung von günstigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen und nicht als eigentlicher Anbieter von Dienstleistungen in der Grundversorgung. Neue Versorgungsmodelle in Richtung integrierte Versorgung, Gesundheitszentren und Versorgungsnetzwerke in der Region sind mögliche Lösungsansätze. Der SGV leistet in der Diskussion, welche Angebote das «Gesamtpaket medizinische Grundversorgung» auf Stufe Gemeinde überhaupt beinhalten soll, einen wichtigen Beitrag: Im Frühling hat er eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Spitex, Hausärzte, Apotheker, Pflegeheime und der Städte eingesetzt. Sie prüft, wie sich die Angebote besser aufeinander abstimmen und koordinieren lassen und welche Wege eingeschlagen werden müssten, um Versorgungsengpässen entgegenzuwirken und gleichzeitig die Kosten der einzelnen Gemeinden zu minimieren. Das Augenmerk liegt auf konkreten Massnahmen und Empfehlungen, die der SGV im



Die Nachfrage nach ärztlichen und pflegerischen Leistungen wird in den nächsten Jahren markant steigen.

Bild: Shutterstock

Herbst im nächsten Forum Medizinische Grundversorgung mit Bundesrat Alain Berset einbringen wird.

Schliesslich wird es angesichts des Potenzials für die Pflege zu Hause darum gehen, die intermediären Strukturen, beispielsweise das betreute Wohnen zu Hause, auszubauen. Damit soll den älteren Menschen ermöglicht werden, länger selbstständig oder mit ambulanter Unterstützung zu Hause zu leben. Es geht nicht darum, die Spitex gegen die Heime auszuspielen. Vielmehr muss auch hier die Versorgungskette der Alterspflege als Ganze betrachtet werden.

Handlungsbedarf bei Pflegefinanzierung

Die Umsetzung einer nachhaltigen Gesundheitspolitik auf Gemeindeebene ist einerseits mit Blick auf die demografische Entwicklung und andererseits aufgrund des steigenden Anteils der Gesundheitskosten in den Finanzhaushalten notwendig. Der Bundesrat schätzt, dass die Langzeitpflege im Jahr 2030 in der Schweiz 18 Milliarden Franken kosten wird. Die öffentlichen Ausgaben für die Pflege werden sich damit mehr als ver-

dreifachen und rund ein Viertel der gesamten Gesundheitskosten ausmachen. In der Politik ist man sich weitgehend einig, dass es Gegenmassnahmen braucht. Welche Massnahmen in welchem Zeitraum angegangen werden sollen, ist allerdings noch unklar. Angesichts der enormen Ausgaben der Pflegekosten ist ein Handlungsbedarf aus Sicht des SGV längst gegeben.

Mit Spannung haben die Städte und Gemeinden im letzten Jahr den Bericht zur Langzeitpflege erwartet. Er anerkennt, dass die Gemeinden zusammen mit den Kantonen vom Thema stark betroffen sind. Der Bericht des Bundesrats hat in Bezug auf die verschiedenen Varianten für eine zukünftige Finanzierung der Pflegekosten – darunter auch mögliche Modelle einer Pflegeversicherung – eine wertvolle Auslegeordnung geliefert. Aus Sicht des SGV war er in seinem Fazit aber viel zu zurückhaltend. Die Debatte rund um das Altern der Gesellschaft wird an Brisanz gewinnen. Die Diskussion über die Versorgungsstrukturen und die zukünftige Finanzierung der Alterspflege muss rasch und unter Einbezug der kommunalen Ebene geführt werden. *red*